

„Konrad“ als Müllkippe oder unterirdische Heizzentrale?

Gewerkschafter nennen Alternativen zur Atommüllagerung

co. Salzgitter

Mit unkonventionellen Vorschlägen zur Nutzung des ehemaligen Eisenerzschachtes „Konrad“ bei Salzgitter-Bleckenstedt haben jetzt Gewerkschafter in Salzgitter nach einer Alternative für die geplante Atommüllagerung gesucht. Auf der einen Seite sollen Arbeitsplätze in dem stillgelegten Bergwerk erhalten und möglichst noch ausgebaut werden; andererseits aber wird die Einlagerung von radioaktiven Abfällen in „Konrad“ strikt abgelehnt. Das jedenfalls hat die Delegiertenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Salzgitter mit Mehrheit beschlossen.

„Der DGB-Kreis Salzgitter sieht sich nicht in der Lage“, so heißt es in dem Konferenzbeschuß, „einer Einlagerung im Schacht Konrad zuzustimmen.“ Den Beschuß der 47 Stimmberechtigten nannte DGB-Kreisvorsitzender Erwin Thielen ein eindeutiges Votum. Gegen diesen erklärten Willen der 50 000 organisierten Arbeitnehmer in Salzgitter Atommüll im Schacht Konrad einzulagern, sei für ihn „unvorstellbar“, sagte Thielen.

In der Diskussion, die dem Beschuß vorausging, wurden noch wesentlich weitergehende Forderungen vertreten. So wollten die Deutsche Postgewerkschaft, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die DGB-Jugend und vor allem die Industriegewerkschaft Metall den geforderten Ausstieg aus der Kernenergie deutlich formuliert wissen. Vor allem die IG-Metall-Vertreter machten sich in ihren Beiträgen für einen „stärkeren politischen Druck des DGB“ stark, damit die Bundesregierung von ihrem „energiepolitischen Irrweg“ abgebracht werden könne. Auch aus diesem Grunde müsse zur geplanten Atommüll-einlagerung im Schacht „Konrad“ ein deutliches Nein gesagt werden.

Im Beschuß der DGB-Konferenz wer-

den vor allem die Probleme aufgezählt, die mit dem Atommüllager „Konrad“ verbunden seien. Genannt werden unter anderem Langzeitriskiken, ungeklärte Transportfragen, mangelhafte Kontrollmechanismen bei der Überwachung der einzulagernden Abfälle und fehlende Untersuchungen über die Arbeitsbedingungen im Endlager. „Wir Gewerkschafter“, sagte der IG-Metall-Bevollmächtigte Bernd Henn, „müssen Vorreiter sein und dürfen Salzgitter nicht zum Schlupfloch werden lassen, mit dem Atommüll so weiterzumachen wie bisher.“

Der Vorschlag der IG Metall, die Schachanlage auf ihre Eignung zur Einlagerung „anderer Abfallstoffe“ hin zu überprüfen, wurde allerdings nicht aufgegriffen. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Stahlwerke Peine-Salzgitter, Norbert Schmidt, schlug vor, den Schacht als geothermische Heizzentrale zu verwenden: Die Wärme des bis zu 1300 Meter tiefen Bergwerkes solle genutzt werden, um in Rohreinleitungen eingeführtes Wasser so zu erwärmen, daß es für Fernheizwerke zu gebrauchen sei. Damit könnten die verbliebenen „Konrad“-Arbeitsplätze gesichert werden.